

Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen

## Nein zur sogenannten Familieninitiative der SVP

**Am 24. November kommt die «Familieninitiative» der SVP zur Abstimmung. Sie verlangt mehr Steuerabzüge und geht damit an den realen Bedürfnissen der meisten Familien vorbei. Ein Nein ist die richtige Antwort darauf.**

Familien mit Kindern haben es in der Schweiz schwer. Für viele sind die Kinder – bei aller Liebe – ein wirtschaftliches Risiko. Viele finden kaum eine angemessene günstige Wohnung, viele können sich nur schwer organisieren. Oft müssen beide Eltern für die Finanzierung des Lebensunterhalts voll oder fast voll arbeiten. Ihnen würde ein höherer Lohn helfen. Doch über die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften stimmen wir erst im Frühjahr 2014 ab. Nötig wären eine kinderfreundliche Organisation der Arbeitswelt und bessere Angebote zur Kinderbetreuung. Es ist so: Familien brauchen politische Unterstützung. Dafür stehen wir Grünen ein! Doch das sind nicht die Themen der Initiative.

### Nur Gutverdienende profitieren von Steuerentlastung

Die SVP sagt, neue Steuerabzüge für Kinder stärken die Familien. Alle Eltern sollen Betreuungsabzüge machen können, ob mit oder ohne Kosten. Im Effekt würden so die allgemeinen Kinderabzüge erhöht. Die Probleme der Familien aber würden bleiben. Zudem können nur Gutverdienende von Entlastungen bei der direkten Bundessteuer profitieren.

Das hilft den wenigsten. Im Kern meint die Partei aber gar nicht die Steuern, sondern ihr Familienbild. Mann arbeitet für Geld, Frau zu Hause für die Familie: das Hausfrauenmodell als gesellschaftlicher Problemlöser. Nun, man kann sich streiten, welche Art der Kinderbetreuung die beste für die Kinder ist. Klar muss sein: Vorschriften für andere sind keine Lösung. Es ist schon falsch, die Eltern durch steuerliche Massnahmen zu beeinflussen. Wir Grünen sind für die Wahlfreiheit.

### Steuerrechtlich falsch

Der Vorschlag der SVP ist steuerrechtlich nicht korrekt. Das Bundesgericht hat errechnet, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Einverdiener-Ehepaaren, die die Kinder selbst betreuen, eindeutig höher ist als jene von Zweiverdiener-Ehepaaren, die für die Betreuung zahlen. Das ist der Grund für das aktuelle Gesetz. Die SVP bestreitet die Berechnung, legt aber keine andere vor. Rechtlich ist klar. Wer professionelle Betreuungsangebote braucht, muss den Aufwand abziehen können. Den haben selbstbetreuende Eltern nicht.

### Verfassungsgrundsätze missachtet

Bei den Steuern sind Allgemeinheit und Gleichmässigkeit sowie der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit massgebend. Das hält die Initiative nicht ein, die SVP anerkennt die steuerrechtlichen Verfassungsgrundsätze nicht. Die Initianten wissen das und das halte ich für bedenklich. Es ist eine Tendenz, die sich auch bei anderen SVP-Initiativen zeigt. Zum Finanziellen: Laut Initiative soll der Steuerabzug mindestens gleich hoch sein wie bei Eltern, deren Kinder fremdbetreut werden. Bei einem Pauschalabzug von 10'000 Franken ergäben sich für den Bund Mindereinnahmen von 390 Mio. Franken, für die Kantone nochmals 1002 Mio. Franken. Fast 1,4 Mrd. Franken an Kosten sind viel zu viel für eine Massnahme, die mehr Probleme schafft als löst und das Steuerrecht verkompliziert.



Louis Schelbert  
Nationalrat Grüne Luzern  
Luzern

Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen

**Parole:**

**Nein**

